



Bozen, 05.11.2018

Bearbeitet von:
Birgit Schmid
Tel. 0471 417534
Birgit.Schmid@schule.suedtirol.it

Christian Alber
Tel. 0471 417631
Christian.Alber@schule.suedtirol.it

An die Direktionen
der Grundschulsprengel
der Schulsprengel
der Mittel- und Oberschulen
der gleichgestellten Schulen

Rundschreiben Nr. 40/2018

Elternunterricht

Sehr geehrter Herr Direktor, sehr geehrte Frau Direktorin,

Artikel 1 Absatz 6 des Landesgesetzes vom 16. Juli 2008, Nr. 5 („Allgemeine Bildungsziele und Ordnung von Kindergarten und Unterstufe“), legt fest, dass das Bildungsrecht und die Bildungspflicht auch in den vom Land gleichgestellten und anerkannten Privatschulen sowie im Rahmen des Elternunterrichts verwirklicht werden. Mit Gesetzesvertretendem Dekret vom 13. April 2017, Nr. 62 („Norme in materia di valutazione e certificazione delle competenze nel primo grado ed esami di Stato a norma dell'art. 1, commi 180 e 181, lettera i), della legge 13 luglio 2015, n. 107“), wurde auf Staatsebene der Elternunterricht gesetzlich geregelt. Die staatlichen Bestimmungen sehen vor, dass Schülerinnen und Schüler, die ihre Schul- und Bildungspflicht im Rahmen des Elternunterrichts erfüllen, jährlich als externe Kandidatinnen und Kandidaten eine Eignungsprüfung ablegen müssen, um in die nächste Klasse versetzt zu werden. Die Eignungsprüfung ist auch dann abzulegen, wenn die Einschreibung in eine Schule staatlicher Art oder in eine gleichgestellte Schule beantragt wird. Diese gesetzlichen Grundsätze finden auch in Südtirol Anwendung und ersetzen alle bisherigen Regelungen der Materie auf Landesebene.

1. Zusammenfassende Hinweise und weiterführende Informationen zur Umsetzung des Elternunterrichtes in Südtirol

Es wird vorausgeschickt, dass der Elternunterricht auf Art. 30 der Verfassung fußt, wonach es Pflicht und Recht der Erziehungsverantwortlichen ist, die Kinder zu erhalten, auszubilden und zu erziehen. Die Erziehungsverantwortlichen, die selbst für den Unterricht ihrer Kinder sorgen wollen, sind verpflichtet, der Schulführungskraft der öffentlichen oder gleichgestellten Schule schriftlich mitzuteilen, dass ihr Kind die Schul- und Bildungspflicht im Rahmen des Elternunterrichts erfüllt. Diese Mitteilung sollte in der Regel bis zu dem für die Einschreibung vorgesehenen Termin erfolgen. Die Erziehungsverantwortlichen können die Entscheidung zum Elternunterricht aber jederzeit treffen, wobei zu beachten ist, dass – wenn die Mitteilung des Elternunterrichts nach dem 15. März erfolgt – der Schüler oder die Schülerin dennoch vom Klassenrat bewertet wird. Diese Mitteilung muss jährlich erneuert werden.¹ Zusammen mit dieser Mitteilung haben die

¹ Vgl. Art. 23 des Gv.D. Nr. 62/2017: „In caso di istruzione parentale, i genitori dell'alunna o dell'alunno, della studentessa o dello studente, ovvero coloro che esercitano la responsabilità genitoriale, sono tenuti a presentare annualmente la comunicazione preventiva al dirigente



Erziehungsverantwortlichen eine entsprechende Selbsterklärung abzugeben, dass sie über die notwendigen technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für „Homeschooling“ verfügen.² In diesem Sinne können Bildungsgrad, Interessen und Fähigkeiten insbesondere der Erziehungsverantwortlichen, aber auch von Verwandten und Freunden oder von Privatlehrpersonen und anderen Partnern (z.B. Klavierlehrer/in, Fremdsprachlehrer/in, Trainer/in, Leiter/in der Pfadfinder u.a.) angeführt werden, die zum Gelingen der Bildung des Kindes beitragen. Eine allgemeine Beschreibung hierzu reicht aus. Aufgabe der Schulführungskraft ist es, die Erklärungen auf ihre Begründetheit hin zu überprüfen. Wenn ernste und begründete Zweifel über das Gelingen der Bildung des Schülers oder der Schülerin vorliegen, fordert die Schulführungskraft die Erziehungsverantwortlichen auf, weitere Nachweise für die Gestaltung eines erfolgreichen Lernprozesses des Schülers oder der Schülerin zu erbringen.

Nach Kenntnisnahme des Ansuchens um Elternunterricht, informiert die Schulführungskraft die Erziehungsverantwortlichen darüber, dass der Schüler oder die Schülerin verpflichtet ist, am Ende eines jeden Schuljahres eine Eignungsprüfung abzulegen. Anschließend veranlasst die Schulführungskraft die Eintragung des betreffenden Schülers bzw. der betreffenden Schülerin in die Landesdatenbank der Schülerinnen und Schüler („PopCorn“) mit dem Hinweis „Elternschule“.

In der Folge übt die Schulführungskraft die Aufsicht über die Erfüllung der Schul- und Bildungspflicht des Schülers oder der Schülerin aus.³ Sie hat dafür Sorge zu tragen, dass die Kommunikation zwischen den Eltern und der Schule nicht abreißt und die Erziehungsverantwortlichen alle notwendigen Informationen rund um die Anmeldung und Durchführung der Eignungsprüfungen erhalten.

Zusammen mit dem Antrag um Teilnahme an den Eignungs- bzw. Abschlussprüfungen sind die Erziehungsberechtigten verpflichtet, das Programm der durchgeführten Bildungsaktivitäten einzureichen. Im Falle des Vorliegens diagnostischer Dokumente (Klinischer Befund oder Funktionsdiagnose) laut den geltenden Bestimmungen haben die Erziehungsverantwortlichen die Unterlagen fristgerecht vorzulegen sowie eine Auflistung der ergriffenen Unterstützungs- und Fördermaßnahmen (vergleichbar mit einem Individuellen Bildungsplan) einzureichen.

Sollten die Erziehungsverantwortlichen ihr Kind nicht zur Eignungsprüfung anmelden oder der Schüler bzw. die Schülerin an der jährlichen Eignungsprüfung nicht teilnehmen, ohne dass ein sachlich gerechtfertigter Grund hierfür vorliegt, nimmt die Schulführungskraft Verbindung mit den Erziehungsverantwortlichen auf, um den Sachverhalt zu erörtern und sie auf ihre Pflichten hinzuweisen. Kommen die Erziehungsverantwortlichen ihren Pflichten nicht nach, nimmt die Schulführungskraft die entsprechenden Meldungen, die im Falle einer Verletzung der Schul- und Bildungspflicht vorzunehmen sind, vor.⁴

Weiters lädt die Schulführungskraft die Schüler und Schülerinnen, die ihre Schul- und Bildungspflicht im Rahmen des Elternunterrichts erfüllen, ein, an den für die jeweilige Schulstufe vorgesehenen Lernstandserhebungen teilzunehmen. In der dritten Klasse der Mittelschule ist die Teilnahme an den INVALSI-Lernstandserhebungen verpflichtend, da die Teilnahme eine Zulassungsvoraussetzung für das Ablegen der Abschlussprüfung der Mittelschule darstellt.

scolastico del territorio di residenza. Tali alunni o studenti sostengono annualmente l'esame di idoneità per il passaggio alla classe successiva in qualità di candidati esterni presso una scuola statale o paritaria, fino all'assolvimento dell'obbligo di istruzione.

² Vgl. Art. 11 des Gv.D. Nr. 297/1994: „All'obbligo scolastico si adempie frequentando le scuole elementari e medie statali o le scuole non statali abilitate al rilascio di titoli di studio riconosciuti dallo Stato o anche privatamente, secondo le norme del presente testo unico. I genitori dell'obbligato o chi ne fa le veci che intendano provvedere privatamente o direttamente all'istruzione dell'obbligato devono dimostrare di averne la capacità tecnica od economica e darne comunicazione anno per anno alla competente autorità

³ Laut Art. 1 Absatz 7 des genannten Landesgesetzes Nr. 5/2008 bleiben die geltenden Bestimmungen zur Verwirklichung der Schul- und Bildungspflicht aufrecht. Es sind dies u. a. die Bestimmungen laut Artikel 5 des gesetzesvertretenden Dekrets vom 15. April 2005, Nr. 76 („Definizione delle norme generali sul diritto-dovere all'istruzione e alla formazione, ai sensi dell'articolo 2, comma 1, lettera c) della legge 28 marzo 2003, n. 53“). Während die Schulführungskräfte die Aufsicht über die Erfüllung der Schul- und Bildungspflicht haben, liegt die Verantwortung über die Erfüllung laut Art. 5 Absatz 1 des Gv.D. Nr. 76/2005 bei den Erziehungsverantwortlichen. Weitere Personen, die neben der Schulführungskraft die Aufsicht über den Schulbesuch haben, sind laut Gv.D. Nr. 76/2005 und laut Ministerialdekret Nr. 489/2001 der Bürgermeister der Gemeinde, in der die Schülerinnen und Schüler ihren Wohnsitz haben und – für die Oberschulen – die Arbeitsvermittlungszentren des Landes bzw. jene Personen, mit denen die Schülerinnen und Schüler einen Lehrvertrag abschließen.

⁴ Die Meldung ist an den zuständigen Bürgermeister, an die zuständige Polizei- und Gerichtsbehörde bzw. an die zuständige Bildungsdirektion zu erstatten.



Das Rundschreiben des Schulamtsleiters vom 20.12.2005, Nr. 49, ist widerrufen.

In der Anlage zu diesem Rundschreiben übermitteln wir Ihnen allgemeine Hinweise zur Planung und Durchführung der Eignungsprüfungen.

2. Rechtsquellen

- Artikel 30 der Verfassung,
- Artikel 111 des Gesetzesvertretenden Dekretes vom 16. April 1994, Nr. 297 („*Approvazione del testo unico delle disposizioni legislative vigenti in materia di istruzione, relative alle scuole di ogni ordine e grado.*“),
- Gesetzesvertretendes Dekret vom 15. April 2005, Nr. 76 („*Definizione delle norme generali sul diritto-dovere all'istruzione e alla formazione, a norma dell'articolo 2, comma 1, lettera c), della L. 28 marzo 2003, n. 53.*“),
- Artikel 23 des Gesetzesvertretenden Dekretes vom 13. April 2017, Nr. 62 („*Norme in materia di valutazione e certificazione delle competenze nel primo ciclo ed esami di Stato, a norma dell'articolo 1, commi 180 e 181, lettera i), della legge 13 luglio 2015, n. 107.*“).

3. Ansprechpartner:

für rechtliche Fragen: Birgit Schmid, Tel. 0471 417534

für pädagogisch-didaktische Fragen: Christian Alber, Tel. 0471 417631

Mit freundlichen Grüßen

Die Landesschuldirektorin
Sigrun Falkensteiner
(mit digitaler Unterschrift unterzeichnet)

Anlage

Hinweise zur Planung und Durchführung der Eignungsprüfungen für Schülerinnen und Schüler, welche die Schulpflicht im Rahmen des Elternunterrichts erfüllen

Papierausdruck für Bürgerinnen und Bürger ohne digitales Domizil

(Artikel 3-bis Absätze 4-bis, 4-ter und 4-quater des
gesetzesvertretenden Dekretes vom 7. März 2005, Nr. 82)

Dieser Papierausdruck stammt vom Originaldokument in elektronischer Form, das von der unterfertigten Verwaltung gemäß den geltenden Rechtsvorschriften erstellt wurde und bei dieser erhältlich ist.

Der Papierausdruck erfüllt sämtliche Pflichten hinsichtlich der Verwahrung und Vorlage von Dokumenten gemäß den geltenden Bestimmungen.

Das elektronische Originaldokument wurde mit folgenden digitalen Signaturzertifikaten unterzeichnet:

Name und Nachname / nome e cognome: SIGRUN FALKENSTEINER

Steuernummer / codice fiscale: IT:FLKSRN75L71B220D

certification authority: InfoCert Firma Qualificata 2

Seriennummer / numero di serie: 372353

unterzeichnet am / sottoscritto il: 05.11.2018

*(Die Unterschrift der verantwortlichen Person wird auf dem Papierausdruck durch Angabe des Namens gemäß Artikel 3 Absatz 2 des gesetzesvertretenden Dekretes vom 12. Februar 1993, Nr. 39, ersetzt)

Am 05.11.2018 erstellte Ausfertigung

Copia cartacea per cittadine e cittadini privi di domicilio digitale

(articolo 3-bis, commi 4-bis, 4-ter e 4-quater del decreto
legislativo 7 marzo 2005, n. 82)

La presente copia cartacea è tratta dal documento informatico originale, predisposto dall'Amministrazione scrivente in conformità alla normativa vigente e disponibile presso la stessa.

La stampa del presente documento soddisfa gli obblighi di conservazione e di esibizione dei documenti previsti dalla legislazione vigente.

Il documento informatico originale è stato sottoscritto con i seguenti certificati di firma digitale:

*(firma autografa sostituita dall'indicazione a stampa del nominativo del soggetto responsabile ai sensi dell'articolo 3, comma 2, del decreto legislativo 12 febbraio 1993, n. 39)

Copia prodotta in data 05.11.2018